



Verbote, Verbote, Verbote...

Die Vorgehensweise von Rot - Grün in Erlangen bei der Freiflächengestaltungssatzung ist typisch nach dem Motto „Verbote, Verbote, Verbote...“.

Die Junge Union Erlangen verurteilt die am 20.02.2020 vom Erlanger Stadtrat mit den Stimmen von SPD und Grüne beschlossene Freiflächengestaltungssatzung aufs Schärfste. Mit dieser werden künftige Eigenheimbesitzer zur Fassadenbegrünung oder einer bestimmten Gartengestaltung gezwungen.

„Ja, auch wir sehen einen Bedarf nach mehr Begrünung in der Stadt, aber für uns sind hier nicht die Erlanger mit ihren Gärten oder Hauswänden in erster Pflicht, sondern die Stadt selbst. Grünflächen wie der Bohlenplatz verwahrlosen und unsere Fußgängerzone gleicht einer Pflasterwüste. Anstatt selbst mit gutem Beispiel voran zu schreiten, stürzt man sich wieder auf die Hauseigentümer“, so die Kreisvorsitzende Sophia Schenkel.

„Es ist durch die Satzung mit einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung für Hauseigentümer zu rechnen, die durch eine Fördersumme von nur 50.000 EUR für die ganze Stadt nicht ansatzweise abgedeckt werden kann“, so die Stv. Kreisvorsitzende Alexandra Breun.

„Kümmern wir uns daher doch zuerst um die Lebensqualität im öffentlichen Raum und fangen mit einem Begrünungskonzept für die gesamte Stadt an, statt uns sinnbefreit durch Verbote in das Eigentum der Bürger einzumischen“, so Sophia Schenkel weiter.

Als erste Maßnahme fordern wir als Junge Union Erlangen die Verlängerung der Baumallee in der Nürnberger Straße bis zum Martin-Luther Platz. Positiver Nebeneffekt wäre hierbei nicht nur die Verbesserung des Mikroklimas, sondern dass unsere Innenstadt wieder attraktiver wird. Auch kann damit das gefühlte Ende der Fußgängerzone am Schlossplatz überwunden werden, sodass es wieder mehr Menschen in die Altstadt zieht.

Das Vorgehen von Rot-Grün ist somit absolut durchsichtig und billig. Nach sechs untätigen Jahren möchte Rot-Grün vor der Wahl Aktionismus zeigen, der die Stadt nichts kostet. Es zeigt aber etwas Grundsätzliches: Rot-Grün hält sich gerne für die bürgerliche Mitte, Probleme lösen sie aber stets mit sozialistischen Eigentumseingriffen.